Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : Nachträgliches zum Papstbesuch

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeichen der Zeit

Nachträgliches zum Papstbesuch

«Die geistliche Nachbereitung sei eine ebenso grosse Aufgabe wie die geistliche Vorbereitung des Papstbesuches», und «es komme nun darauf an, was die Kirche Schweiz aus dem Besuch machen werde, sonst bleibe er Episode», war an der Pressekonferenz der Schweizer Bischöfe vom 28. Juni zu vernehmen.

Vielleicht wäre es tatsächlich besser, diese angeblich «grosse Reise in ein kleines Land» – so der Originalton des Reisenden auf seinem Rückflug – würde Episode bleiben. Wenn aber schon eine «vertiefte Auswertung» postuliert wird, dann sollte sie auch mit der nötigen intellektuellen Redlichkeit erfolgen und nicht der Optik eines überwunden geglaubten Triumphalismus überlassen werden. Oder einem Hofjournalismus à la «Neue Zürcher Nachrichten», die den Wojtyla-Papst zur «Integrationsfigur des Guten, Wahren und Schönen» emporstilisierten und selbst mit numinosen Andeutungen nicht zurückhielten: Da genügte schon ein Gewitter über Einsiedeln, um prompt als «himmlischer Gruss» verbucht zu werden, ja als «machtvoller pfingstlicher Akkord», «um die apostolische Sukzession Johannes Pauls zu bestätigen» (16. Juni). Ob solch kitschige Papolatrie wohl auch eine «geistliche Nachbereitung» erfahren wird?

Um es klar zu sagen: Johannes Paul II. hat mit seinem Besuch die Kirche Schweiz nicht integriert, sondern zusätzlich polarisiert. Das ist vielleicht sogar gut so; denn es fördert und fordert die Grundentscheidung zwischen einer restaurativen Papstkirche, wie Karol Wojtyla sie verkörpert, und einer Kirche des wandernden Volkes Gottes, wie sie mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil aufgebrochen ist. – Aber auch die ökumenisch bewegten Christen sollten sich bei dieser «geistlichen Nachbereitung» nicht durch schöne Worte und Gesten verführen lassen, sondern von den Fakten ausgehen. Sie sollten sich insbesondere vom Wunschdenken befreien, dass ein Papst, der heute die innerkatholische Pluralität eindämmt, morgen die ökumenische Pluralität der Kirchen akzeptieren werde. – Und schliesslich wäre noch die «politische» Botschaft des Papstes zu kommentieren: Die Lehr- und Leerformeln, die wir in der Schweiz zu hören bekamen, eignen sich kaum für wohlmeinende Interpretationen; zu sehr passen sie zur ekklesiozentrischen Interessenpolitik und dem alles dominierenden Antikommunismus des gegenwärtigen Pontifikats.

Polarisierung statt Dialog

Weniger wäre mehr gewesen: Das Mammutprogramm, das dem «eiligen Vater» zugemutet wurde, ging auf Kosten der Substanz. Derartiges «Leistungschristentum» macht nicht unbedingt «offen für Christi Geist». Der Papst hielt zu viele Reden und hat dennoch zu wenig gesagt, er ist mit zu vielen Menschen zusammengekommen und dennoch zu wenigen begegnet. Zum echten Dialog blieb schon gar nicht die Zeit. Er war ja auch nicht vorgesehen, gehört nicht zum Stil Karol Wojtylas. Auf unbequeme Fragen schwieg der polyglotte Gast in allen vier Landessprachen. Für den katholischen Hofjournalismus Grund genug, den Papst als einen «Mann» zu feiern, «der

unerhört intensiv zuzuhören versteht» (NZN, 18. Juni). Hoffen wir, er verstehe nicht nur zu hören, sondern er höre endlich auch, um zu verstehen.

Vom (Alibi-)«Charakter der Probleme»

Antworten habe man «realistischerweise» nicht erwarten dürfen, sagten andere, die es eigentlich besser wissen müssten. Als ob die Probleme und Nöte der Schweizer Katholiken dem Papst völlig neu gewesen wären: die «Lehrzuchtverfahren» gegenüber kritischen Theologen, der Zwangszölibat für die Priester, der Ausschluss der Frau vom Priesteramt, die Verweigerung der Sakramente für wiederverheiratete Geschiedene, die Gesetzesmoral im Bereich der Sexualethik, der Stillstand in der Ökumene. Als ob es keine «Synode 72» gegeben hätte, die bei der Formulierung dieser und anderer Fragen von «Rom» schon einmal desavouiert, einer Antwort gar nicht erst für würdig befunden wurde. Und als ob «Offenheit für Christi Geist» – immerhin das Motto dieser Papstreise – nicht auch eine offene Antwort zuliesse, und sei es die Antwort, dass man noch keine Antwort gefunden habe. Oder ist es die unevangelische Angst, Fehler zu machen, die den «Unfehlbaren» nur noch «unerhört intensiv zuhören» lässt?

Davon abgesehen: Was hätte er eigentlich noch sagen sollen? Seine Voten vor Theologieprofessoren und Priestern waren eine einzige Ermahnung zur «loyalen Mitarbeit», im Klartext: zur Unterwerfung unter das römische Diktat. Und selbst die wenigen Antworten, zu denen er sich im Gespräch mit 34 ausgewählten Jugendlichen herbeiliess, seien von einer «brutalen Wirkung» gewesen (NZZ, 18. Juni). Daran wird sich auch in der weiterführenden «Diskussion» nichts ändern, zu der Johannes Paul II. die Bischöfe nach Rom eingeladen hat. Denn noch glaubt dieser Papst, auf einen kollegialen Umgang mit den Mitbischöfen verzichten zu können. Schon die Ansprache an die Schweizer Bischöfe am 15. Juni brachte es an den Tag: Die «Kollegialität» reduziert sich für ihn auf die «vollkommene Solidarität mit dem Haupt des Kollegiums» – «cum Petro et sub Petro». Und «die von den Gläubigen aufgeworfenen Fragen» müssen zur Hauptsache «ohne befriedigende Lösung bleiben», weil es nicht etwa der Papst, sondern «der Charakter der Probleme selbst ist, der das verhindert...» An diesem «Charakter der Probleme» werden auch die Bischöfe nichts ändern können, so sie «mit dem Haupt des Kollegiums» solidarisch bleiben wollen.

Ein Papst, aber kein Pontifex

Dass der Papst überhaupt mit unbequemen Fragen konfrontiert wurde, und zwar mehr als bei irgendeiner Reise zuvor, das war die eigentliche und positive Überraschung seines Besuchs in der Schweiz. Entgegen meiner Befürchtung haben die Bischöfe dem Gast keinen Potemkinschen Katholizismus (NW 1984, S. 172) vorgeführt. Der Papst hat die katholische Ortskirche Schweiz vielmehr so erfahren, wie sie ist: aufs äusserste polarisiert, innerlich gespalten, zerfallen in zwei Kirchen, in eine «von oben» und in eine «von unten», in eine, die sich auf dem Rückweg zur verdinglichten Sakralkirche befindet, und in eine andere, die sich von den lebendigen Charismen her aufbauen möchte, in eine autoritäre Papstkirche und in eine demokratische Volkskirche.

Der Wojtyla-Papst hat wohl auch erfahren, dass er nicht der Pontifex ist, der zwischen diesen Gegensätzen eine Brükke bauen könnte und – im Sinne des Petrusdienstes – auch müsste, sondern dass er selbst auf einem der beiden Pole steht – statt zwischen ihnen oder über ihnen –, dass er daher selber polarisierend wirkt und dadurch den Zerfall des Katholizismus, wenn nicht auslöst, so doch beschleunigt.

Wenigstens dreimal kam diese Polarisierung überdeutlich zum Vorschein. Das erste Mal, als eine Sprecherin der

Westschweizer Jugend im Freiburger Eislaufstadion ihre Zweifel am Pflichtzölibat der Priester und am Ausschluss der Frau vom Vorsteheramt anmeldete und dabei immer wieder vom Schreien, Rufen und Pfeifen der lautstark vertretenen Gruppe Communione e Liberazione unterbrochen wurde. Dasselbe Szenario wiederholte sich ein zweites Mal auf dem Klosterhof in Einsiedeln, als eine junge Frau laut von einer neuen Kirche zu träumen wagte, «in der die Frage, was Frauen tun dürfen und was nicht, keine Frage mehr ist, in der es selbstverständlich ist, dass Frauen mit ihren Begabungen als Pfarrerinnen wirken können». Diesmal waren es vor allem Jugendliche aus dem Opus Dei, die mit Buhrufen reagierten und mit hysterisch anmutender Begeisterung skandierten: «Johannes Paul der Zweite, wir sind auf deiner Seite!»

Das dritte Mal begegnete der Papst einer polarisierten Kirche, als ihm ebenfalls in Einsiedeln die Sorgen des Schweizer Klerus vorgetragen wurden. Er hörte von der Not wiederverheirateter Geschiedener, denen noch immer der Zugang zu den Sakramenten verwehrt ist, vom unevangelischen Zwangszölibat und von den Schwierigkeiten der verheirateten, aber von «Rom» nicht mehr laisierten Priester. Ohne auf diese Probleme einzugehen, konterte Johannes Paul II. mit Zweifeln an der Repräsentativität der Priestervertreter, obschon diese von den Priesterräten demokratisch gewählt worden waren. Er versicherte zwar, «alle mit Freimut dargelegten Fragen und Besorgnisse aufmerksam gelesen und gehört» zu haben, fügte aber hinzu: «Ich weiss jedoch nicht, wie weit sie dem Denken und den Sorgen des gesamten Klerus der Schweiz entsprechen, an den ich mich wende.» Und wiederum war eine Gruppe zur Stelle, die sich mit langanhaltendem Applaus für den «päpstlichen Seitenhieb» (Weltwoche, 21. Juni) gegen die offiziellen Priestervertreter bedankte. Der Papst, der eben noch in der Klosterkirche zur Versöhnung zwischen «Fortgeschrittenen» und «Traditionsverbundenen» aufgerufen hatte, fand an diesem unversöhnlichen Zeichen seiner Gefolgsleute nichts auszusetzen; schlimmer noch, die Claque, bestehend aus Priestern des Opus Dei und der Foccolare- Bewegung, war offensichtlich von vatikanischen Stellen eingeschleust worden, ohne Zutrittskarten und gegen den Willen der Bischofskonferenz, aber gewiss nicht gegen die Intention des Papstes (vgl. Schweizerische Kirchenzeitung, 5. Juli).

Eine integralistische Strategie mit neuen Bewegungen

Hinter den drei Ereignissen steckt ein und dieselbe Strategie: Um «Rom» die Kontrolle über die Ortskirchen zurückzugewinnen, genügen die Spitzeldienste der Nuntiaturen («*De*nuntiaturen» wäre die zutreffendere Bezeichnung) nicht mehr; gegenüber dem innerkirchlichen Demokratisierungsprozess müssen vielmehr reaktionäre Gegenkräfte an der Basis selbst ins Leben gerufen werden. Das ist exakt die Funktion der neuen internationalen Bewegungen («movimenti») des Katholizismus, allen voran des Opus Dei, das unter Johannes Paul II. wie nie zuvor aufgewertet, zur «Personalprälatur» erhoben und damit der Zuständigkeit der Bischöfe entzogen wurde. Geist vom ultramontanen Ungeist des letzten Jahrhunderts wird hier restauriert und organisiert, um die Ortskirchen zu unterwandern und wieder auf einen integralistischen, der päpstlichen Generallinie bedingungslos gehorchenden Kurs zu bringen.

Der Papstbesuch hat den Schweizer Katholiken die Stunde der Wahrheit eingeläutet und ihnen gezeigt, wie gross dieses Störpotential bereits geworden ist und wie wenig Johannes Paul II. sich scheut, dieses Störpotential auch einzusetzen, sei es gegen den demokratisch gebildeten Willen der Priester, sei es gegen die Stimme der demokratisch strukturierten Pfarrei- und Verbandsjugend, sei

es gar gegen seine «lieben Brüder im Bischofsamt».

«Einen Menschen von morgen für den Glauben zu gewinnen, ist für die Kirche wichtiger, als zwei von gestern im Glauben zu bewahren», schrieb Karl Rahner in seiner Schrift «Strukturwandel der Kirche als Aufgabe und Chance». Karol Wojtyla verfolgt die gegenteilige Strategie. Er macht die Kirche «zu einem Ort der isolierten Anmassung von konservativen Menschen» (LNN, 9. Juni), die sich durch ihn in ihrer – seit dem Konzil verunsicherten – Identität wieder bestätigt finden. Die «Menschen von morgen» sind denn auch seinen Veranstaltungen weitgehend ferngeblieben, die «von gestern» in Scharen gekommen. Das «Amt der Einheit» entzweit die Gläubigen.

Die ökumenische Bilanz: Gesten ohne Tatbeweis

Die Christen, denen Ökumene ein echtes Anliegen ist, sollten erkennen, dass diese restaurative Strategie Karol Wojtylas kein Beitrag zur Wiedervereinigung der Kirchen sein kann. Der Versuch, die katholischen Ortskirchen auf einen integralistischen Kurs zu bringen und sie bis in unwesentliche Details gleichzuschalten, ist unvereinbar mit jener «konziliaren Gemeinschaft von Ortskirchen», wie sie Philip Potter, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, in seiner Grussadresse an den Papst als Form «der sichtbaren Einheit im einen Glauben und der einen eucharistischen Gemeinschaft» umrissen hat. Denn wie soll das Oberhaupt der katholischen Kirche zu einer konziliaren, von der Pluralität verschiedener Traditionen her strukturierten und demokratisch verfassten Gemeinschaft ja sagen, wenn es nicht einmal in der Lage ist, die schon bestehende Pluralität in seiner eigenen Kirche zu respektieren?

Ökumene oder Rekatholisierung?

Karol Wojtyla hat nun freilich ein anderes Ziel vor Augen. Darin bleibt er sich selber treu. Bei all den grossen Worten, mit denen er vor dem Weltkirchenrat «die Mitarbeit der katholischen Kirche in der ökumenischen Bewegung» für «unwiderruflich» erklärte oder die Arbeitsgemeinschaft der christlichen Kirchen der Schweiz ermutigte, «in Wahrheit und Liebe» die «theologischen Dialoge fortzuführen und sogar zu intensivieren», liess der Papst keinen Zweifel daran, dass er die Einheit der Christen einzig und allein «in der sichtbaren Gestalt der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche» sehen kann.

Worin unterscheidet sich dieses – in Kehrsatz so formulierte – Ziel von der alten gegenreformatorischen Strategie der Rekatholisierung aller nichtkatholischen Konfessionen? «Keine lokale Kirche kann existieren, wenn sie nicht eine wahre und tiefe Communio mit dem Stuhl Petri nährt», betonte der Papst vor den Tessiner Katholiken. Doch was ist diese «wahre und tiefe Communio» anderes als die Subordination unter den obersten Hierarchen der Weltkirche? Und was anderes wäre diese «Communio» für die mit «Rom» wiedervereinigten Kirchen der Reformation? In Genf drückte der Papst denn auch seine Überzeugung aus, dass die katholische Kirche «in voller Treue zur apostolischen Überlieferung und zum Glauben der Väter im Dienst des Bischofs von Rom den sichtbaren Bezugspunkt und den Garanten der Einheit bewahrt» habe – eine Überzeugung wohlverstanden, von der zugleich gesagt wird, «dass unsere Treue zu Christus uns verbietet, sie aufzugeben».

Den ökumenischen Gesten des Papstes fehlt der Tatbeweis, dass er die Begegnung der Christen auf dem Weg zur Einheit anders denn als Integration in einen restaurierten Weltkatholizismus versteht. Das ist, verglichen mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der Haltung Pauls VI., ein deutlicher Rückschritt. Das Zweite Vatikanum sah zwar auch keinen ökumenischen Weg, der am Jurisdiktionsprimat und am Unfehlbar-

keitsanspruch des Papstes vorbeigeführt hätte, aber es war doch nicht so unökumenisch, «den künftigen Anregungen des Heiligen Geistes vorzugreifen» (Unitas redintegratio, Nr. 24). Und von Paul VI. gibt es den bekannten, 1967 auf dem Einheitssekretariat geprägten Satz: «Wir sind uns vollkommen bewusst, dass der Papst das grösste Hindernis auf dem Weg zum Ökumenismus darstellt.» Der intellektuelle und äusserst sensible Paul VI. litt unter der trennenden Wirkung seines Amtes. Vielleicht war er zu sehr Ökumeniker, um noch mit gutem Gewissen Papst zu sein. Bei Johannes Paul II. verhält es sich genau umgekehrt: Er ist wohl zu sehr Papst, um noch mit gutem Gewissen Ökumeniker zu sein. Er ist auch ehrlich genug, seinen ökumenischen Gesprächspartnern nichts vorzumachen. Sie wissen, wohin die Reise geht, sofern sie ihm folgen.

Die (Re-)Klerikalisierung des Katholizismus oder der reformierte Pfarrer als «fromm verkleideter Laie»

Wenn überhaupt Tatbeweise vorliegen, dann nicht für die ökumenische Orientierung, sondern für die (Re-)Klerikalisierung des Katholizismus durch den Wojtyla-Papst. Das allgemeine Priestertum aller Christen tritt wieder deutlicher hinter der sakralen Besonderheit des katholischen Klerikers zurück. «Die Versuche der ‚Klerikalisierung des Laienstandes' oder der ‚Laisierung des Klerus' – um gewisse Tendenzen schonungslos beim Namen zu nennen – sind gerade auch im Bereich der Berufungen zum Scheitern verurteilt», heisst es in der päpstlichen Ansprache an die Schweizer Bischöfe. Über die Berufung zum Vorsteheramt entscheidet nicht der Geist Gottes, sondern die Amtskirche. Mehr noch: Deren höchstes Lehr- und Hirtenamt glaubt, über den Geist Gottes verfügen zu können, indem es die Frauen und die verheirateten Männer zum vornherein von dieser Berufung ausschliesst. Ja, ohne den geweihten Priester gibt es kein Abendmahl mit real präsentem Christus. Und das in klarem Gegensatz zu Mt. 18,20. So exklusiv überhöht der Wojtyla-Papst das Sakralprestige der Priester, dass ihm sogar der gemeinsame Ausbildungsweg von Priesteramtskandidaten und Laientheologen missfällt, wie er z.B. in Chur und Luzern üblich ist.

Die Konsequenz für die Ökumene liegt auf der Hand: Das Vorsteheramt bleibt so sehr an den katholischen Priester gebunden, dass der reformierte Pfarrer nur noch als «fromm verkleideter Laie» (Hans Küng, in: Weltwoche, 30. Mai) gilt. Der reformierte Pfarrer kann daher auch nicht «gültig» Abendmahl feiern. Woraus wiederum folgt, dass jede Abendmahlsgemeinschaft zwischen Katholiken und Protestanten strikte untersagt beiben muss. Sie gäbe ja sonst dem reformierten Pfarrer einen gleichwertigen Rang wie dem katholischen Priester. Bei seiner Begegnung mit dem Evangelischen Kirchenbund drückte der Papst diese wenig ökumenische Überlegung nur wenig diplomatischer aus: «Die Eucharistiefeier ist für die Kirche ein greifbares Glaubensbekenntnis, und die vollständige Übereinstimmung im Glauben ist die Voraussetzung für den Vollzug einer gemeinsamen Eucharistiefeier, die wirklich authentisch und wahr sein will.»

Bewegt sich dieses Denken noch auf der Linie des Konzils? Hat dieses die nichtkatholischen Kirchen nicht ausdrücklich als «Kirchen» anerkannt? Wo aber Kirche ist, da gibt es auch ein «gültiges» Vorsteheramt und da wird auch Abendmahl «gültig» gefeiert. «Nicht im Vollsinn», mag der Papst, ebenfalls gestützt auf Konzilstexte, einwenden. Nur: Geschieht alles im «Vollsinn», was unter katholischem Vorzeichen steht? Entscheidet über diesen «Vollsinn» allein das katholische Amtsverständnis und nicht vielmehr die existentielle Erfahrung derer, die miteinander das Brot brechen?

«Roms» Umgang mit seinen «Dissidenten» als Prüfstein der Ökumene

Karol Wojtylas Strategie der Disziplinierung der katholischen Kirche «nach innen» geht offensichtlich einher mit einer Strategie der Rekatholisierung der nichtkatholischen Kirchen «nach aussen». Diese Doppelstrategie gibt tatsächlich Sinn, wenngleich einen schlechten, der Ökumene und dem Reich Gottes zutiefst widersprechenden. Und auch das Umgekehrte gilt: Die fehlende «Ökumene nach innen» kann nicht mit einer glaubwürdigen «Ökumene nach aussen» zusammengehen. Man kann nicht einerseits die eigene Kirche autoritär führen, ökumenischen Theologen die Lehrbefugnis entziehen und nur noch kurial angepasste Priester zu höheren Ämtern aufsteigen lassen und andererseits für Demokratie, ökumenische Theologie und Pluralität innerhalb der nichtkatholischen Kirchen offen bleiben. Prüfstein des katholischen Willens zur Ökumene ist daher nicht die nette Geste gegenüber den «getrennten Brüdern und Schwestern», sondern die Art und Weise, wie «Rom» mit seinen «Dissidenten» umgeht. Auf den hier vorhandenen Widerspruch haben die reformierten Christen den Papst leider nicht angesprochen.

Kirchenpolitischer Opportunismus

Nicht weniger enttäuschte der Papst all jene, die gehofft hatten, er würde wenigstens mit einer politischen Botschaft in die Schweiz kommen. Selbst die paar Sätze auf dem Flüeli, die sich mit politisch brisanten Fragen der schweizerischen Politik zu befassen schienen, blieben in ihrer Allgemeinheit so unverbindlich, dass sie niemandem wehtun konnten.

Die CVP darf sich bestätigt fühlen

Dass die «Finanzwelt» auch «ethischen Grundsätzen» unterworfen sei, wer wollte es ernsthaft leugnen? Dass unsere «Wirtschaft» und unser «Bankwesen der Welt Friedensdienste» leisten «und nicht – vielleicht indirekt – zu Krieg und Unrecht in der Welt» beitragen sollten, ist so selbstverständlich, dass es keinen Papst braucht, um uns das zu verkünden. Hätte Johannes Paul II. wenigstens gesagt, dass unser Bankwesen in seinen Strukturen verändert werden müsste, um überhaupt friedensfähig zu werden, dann und nur dann wäre sein Satz politisch geworden, nicht mehr geeignet, als innerkapitalistischer Moralappell verstanden zu werden.

Dass wir schliesslich den «Flüchtlingen Asyl gewähren», unsere «Hilfswerke fördern», «die Sorgen anderer Völker» zu unseren «eigenen» machen und daher «über den Zaun hinausschauen» sollten, mag ja gut gemeint gewesen sein; doch warum tönt das alles so wenig konkret, weit weniger konkret als der päpstliche Beifall für die Initiative «Recht auf Leben», die auf dem Flüeli wie auf der Luzerner Allmend und selbst vor den Bischöfen mit Formulierungen wie «Achtung vor dem Leben von der Empfängnis bis zum Tod» belobigt wurde?

Die CVP darf sich bestätigt fühlen. Ihre Prominenz ist nicht umsonst Spalier gestanden. Kräftig aufpoliert wurde aber nicht nur «hohes C», auch die übrige Selbstgerechtigkeit des bürgerlichen Christentums hat den Papstbesuch schadlos überstanden. Nur zu gerne liess man sich in Luzern daran erinnern, dass der letzte Generalstreik seit bald 70 Jahren ausgestanden sei. Und nur zu gerne liess man hier den kritischen Massstab des Evangeliums der päpstlichen Feststellung weichen, «die Schweiz» sei «ein einzigartiges, gesegnetes, glückliches Land». (Mehr Mühe als mit der heutigen Politik des Vatikans bekundet unsere Bourgeoisie mit den mutigen Initiativen des Weltkirchenrates, wie der gehässige NZZ-Kommentar vom 14. Juli über «Potters Aera» zeigt.)

Der Papst verschonte seine Gefolgsleute mit kritischen Fragen zur Waffenausfuhr, zur Militärdienstverweigerung, zum Vorrang der Arbeit vor dem Kapi-

tal, zur menschenfeindlichen Konzentration unserer Wirtschaft oder gar zum «Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» (Quadragesimo Anno, Nr. 109), obschon die kirchliche Soziallehre gerade diese Themen in der Schweiz nahegelegt hätte. Aber eben: Karol Wojtyla wäre nicht er selbst, wenn er in irgendeinem Land der Welt Forderungen aufgreifen wollte, die dort von der politischen Linken und nicht von der eigenen Klientel vertreten würden. Sein kirchenpolitischer Opportunismus erheischt einen selektiven Umgang mit der eigenen Soziallehre.

Katholische Schulen wichtiger als Menschenrechte?

Politisch verbindlich und konkret wird Johannes Paul II. nur, wenn kirchliche Interessen in Frage stehen oder wenn er glaubt, gegen den «Marxismus» vorgehen zu müssen. Als der Papst zum Beispiel die katholischen Schulen in Frankreich durch die regierenden Sozialisten gefährdet sah, protestierte er öffentlich gegen die – inzwischen zurückgezogene – «Loi Savary» (die übrigens von prominenten Katholiken wie P. Dominique Chenu sowie von katholischen Lehrerorganisationen und Katecheten unterstützt worden war). Sein Protest war sogar Gegenstand eines aussergewöhnlichen Communiqués des vatikanischen Presseamtes nach einer Privataudienz des französischen Premierministers.

Ähnlich klare Worte hätte man sich gegenüber Südkoreas Regierungschef Chun Doo Hwan gewünscht, den Johannes Paul II. kurz vor seiner Schweizerreise besuchte. Doch die einzige Kritik, die der Papst in Südkorea übte, galt nicht dem Schlächter von Kwangju, sondern jenen Priestern, die das menschenfeindliche Regime in diesem Staat bekämpfen. Die Tatsache, dass Südkorea der katholischen Kirche Religionsfreiheit gewährt (solange sie sich unpolitisch verhält), die Hoffnung auch, Südkorea könnte als Basis für die Missionierung Nordkoreas und selbst der Volksrepublik China dienen, liessen den hohen Gast seinen Einsatz für die Menschenrechte vergessen. Was aber ist das für ein Papst, der verbrecherische Regimes schont, wenn sie den kirchlichen Interessen entsprechen, aber demokratische Regierungen kritisiert, wenn sie sich gegenüber kirchlichen Machtansprüchen weniger willfährig zeigen? Man glaubt sich zurückversetzt in die opportunistische, ja klerikalfaschistische Kirchenpolitik der 30er Jahre.

«Theologie des Antikommunismus»

Noch einäugiger politisiert Johannes Paul II., wenn er glaubt, den «Marxismus» (oder was er dafür hält) treffen zu können. Da wird Gegensätzliches plötzlich vereinbar, kirchliche Politik geboten, wenn sie dem «Marxismus» schadet, verboten,wenn sie ihm nützen würde. Derselbe Papst, der in Polen für ein «Bündnis zwischen der katholischen Kirche und dem freiheitlichen Syndikalismus» (NZZ, 16. Januar 1981) eingetreten ist, entzieht in Nicaragua den Priestern, die sich für die sandinistische Regierung einsetzen, das Vertrauen. Derselbe Papst, der sich bei seiner zweiten Polenreise darüber beklagte, dass er jene Landsleute nicht begrüssen konnte, die in den Gefängnissen sassen, liess sich in Nicaragua nicht dazu bewegen, für die Toten zu beten, die im Kampf gegen die von den USA unterstützten Konterrevolutionäre gefallen waren. Derselbe Papst, der die «Theologie der Befreiung» in seinem eigenen Heimatstaate praktiziert, verurteilt sie, wenn ihre Anwendung sich gegen kapitalistische Herrschaftsstrukturen richtet.

Der Papst kann das Unvereinbare zusammenbringen, weil er die Welt nicht aus der Sicht des Evangeliums, sondern durch die Brille seiner manichäischen Ideologie betrachtet – ähnlich der Kreuzzugsideologie eines Ronald Reagan. Ihm hat Karol Wojtyla nicht von ungefähr zu einer publikumswirksamen Begegnung in Alaska verholfen, bevor er

nach Südkorea weiterflog und über der Stelle, wo im September des Vorjahres eine koreanische Passagiermaschine von einem sowjetischen Abfangjäger abgeschossen worden war, ein ebenso publikumswirksames Gebet sprach. Anders als in Nicaragua...

Diese «Theologie des Antikommunismus» (vgl. NW 1979, S. 220ff.) lässt auch die päpstlichen Stellungnahmen zu Krieg und Frieden seltsam unbestimmt erscheinen. Da werden Atomwaffen zwar geächtet, so im Februar 1982 vor dem Friedensmal in Hiroshima, doch das sittliche Verbot der Anwendung, der Herstellung und des Besitzes solcher Waffen kommt Johannes Paul II. nicht über die Lippen (im Gegensatz zu den amerikanischen Bischöfen Matthiesen und Hunthausen). Es ist offenkundig, dass der Papst so widersprüchliche Elemente wie die biblisch gebotene Gewaltlosigkeit, das «Naturrecht» auf Selbstverteidigung (vorrangig der westlichen Welt) und das klerikale Interesse an der Bekämpfung des Kommunismus zu vereinen sucht. Das bewältigt nicht einmal einer, der von der «Dialektik» der anderen Seite (zu) viel gelernt hat. Daran muss auch die moralische Autorität, die Kirche sein will, Schaden leiden. Vor allem junge Menschen erfahren so das oberste Lehr- und Hirtenamt als eine lebensfeindliche Ordnungsinstanz, durch die sie einerseits mit rigoristischen und gleichzeitig schwach begründeten Sexualnormen überfordert werden und die andererseits zu den ungleich wichtigeren Fragen von Krieg und Frieden, aber auch von Armut und Unterdrückung nur sehr allgemein und unverbindlich daherredet.

*

Das alles hätten wir schon vor der Schweizerreise des Papstes wissen können. Trotzdem wollten wir nicht jede Hoffnung auf diesen Besuch aufgeben. Angesichts der extremen Weltsituation ist ja auch die Schweiz ein extremes, im Nord-Süd-Konflikt ein extrem nördlich und im Ost-West-Konflikt ein extrem westlich stehendes Land. Da hätte es ja sein können, dass ein wenigstens um die Mitte bemühter Papst die Gewissen des Schweizervolkes aufrütteln würde. Daraus ist leider nichts geworden.

Und noch etwas anderes hätten wir schon vor dem Besuch wissen müssen: Ein System, das so sehr auf eine einzige Person ausgerichtet ist wie das römisch-katholische der Gegenwart, läge selbst dann falsch, wenn diese Person sich sehr viel anders verhalten würde als Johannes Paul II. Was ist eine Politik der Kirche wert, wenn sie von oben nach unten verordnet, statt von unten nach oben getragen wird? Was eine Ökumene, wenn sie nicht von den Kirchen gemeinsam erarbeitet und gelebt werden kann, sondern wenn jeder Schritt zuerst vom Oberhaupt einer dieser Kirchen abgesegnet werden muss, was ihm notabene eine Macht gibt, die ökumenisch gerade in Frage zu stellen, zu überwinden wäre?

Darum sollten fortschrittliche, ehrlich nach dem Reich Gottes suchende Katholiken auch nicht mehr länger auf eine päpstliche Unterstützung ihrer Anliegen warten. Sie sollten vielmehr ihren eigenen Weg gehen, in der Ökumene wie in der Politik, «offen für Christi Geist».

Der Geist der universellen Herrschaft, der Johannes Paul II. beseelt, richtet sich gegen den Mut und den Widerstand seiner besten Brüder im Episkopat. Der Ordnungsruf an die nationalen Bischofskonferenzen zielt tatsächlich darauf, die römische Kirche auszurichten an den schlechtesten politischen Mächten, wenn sie nur radikal antikommunistisch sind: gute Zeiten kommen für die Mobutus, Marcos, Stroessners und andere von Washington unterstützte Diktatoren. Der Bischof von Rom wird die Befreiungsbewegungen gegen sie sicher nicht unterstützen.
(Georges Casalis: Der Papst aus der Kälte – die Kälte des Papstes, in: Kritisches Christentum. Wien, März 1984)